

**„Es kann nur das Geld ausgegeben werden, das da ist“
Finanzstaatssekretär Hartmut Schubert verteidigt im OVZ-Interview die
Finanzausstattung der Kommunen
VON JÖRG REUTER**

Altenburg. Leere kommunale Kassen sind im Landkreis keine Ausnahme. Meuselwitz, Lödla, Kriebitzsch, Jüchelberg und Ziegelheim geben mehr aus, als sie einnehmen. Mehna, Drogen und Wildenbörten haben auch große Probleme. Die OVZ sprach über diese Misere mit dem Thüringer Finanz-Staatssekretär, Hartmut Schubert (SPD), der als Stadtrat in Gößnitz und Kreisrat die Sorgen vor Ort kennt.

Leben die Gemeinden über ihre Verhältnisse?

Etliche haben Schuldenberge aus der Vergangenheit abzutragen. Und alle kämpfen mit dem Bevölkerungsrückgang, durch den die Einnahmen abnehmen, weil diese, wie etwa Steuern oder die Schlüsselzuweisung, von der Einwohnerzahl abhängen. Thüringen hat insgesamt eine viel geringere Finanzkraft, als die alten Länder.

Die kommunale Selbstverwaltung hat aber ohne angemessenen Finanzrahmen wenig Wert. Ist es gewollt, die Gemeinden an der kurzen Leine zu führen?

Das werden sie nicht. Die Steuereinnahmen der Kommunen sind prozentual stärker gestiegen, als die des Landes, und in den letzten Jahren sind die Zuweisungen vom Freistaat nicht gesunken. Somit ist der Spielraum für die Kommunen eigentlich sogar größer geworden. Aber natürlich sind auch die Ausgaben gestiegen und die Mehreinnahmen sind zudem nicht gleich verteilt. Dennoch haben die meisten Gemeinden in Thüringen ausgeglichene Haushalte und bauen sogar Schulden ab. Es liegt also nicht am System.

In einer Kommune bedeutet Sparen meist das Streichen freiwilliger Leistungen. Aber wenn der Fußballplatz umgeackert, das Sportlerheim abgerissen ist, ist es zu spät.

Richtig. Wenn ich aber in die Verwaltungsgemeinschaften schaue, frage ich mich, ob alle Einrichtungen erhalten bleiben müssen, wenn dort 30 Prozent weniger Menschen leben als vor 25 Jahren.

Leere Kassen sind auch oft Folge der Verrechnungspraxis von Landeszuweisung und bei hohen Gewerbesteuererinnahmen. Die Kürzung der Schlüsselzuweisung erfolgt erst Jahre später ungeachtet des dann aktuellen Steueraufkommens. Das führt dazu, dass die Etas erhebliche Fehlbeträge ausweisen.

Die Forderung nach einem sofortigen Ausgleich ist nicht von der Hand zu weisen. Dass sollte bei der nächsten Reform des Kommunalen Finanzausgleichs 2018 diskutiert werden. Dies hat aber zur Folge, dass es zu noch größeren Schwankungen kommt und ist deshalb vor Jahren von vielen Kommunen abgelehnt worden.

Erkaufen sich nicht viele Kommunen runde Etats, indem sie Investition vor sich herschieben?

Da ist etwas dran. Möglicherweise geben wir überall zu viel für Strukturen aus, und zu wenig für Investitionen. Das betrifft die gesamte Bundesrepublik.

Das ändert aber nichts daran, dass Straßen und Gebäude aus Geldmangel auf Verschleiß gefahren wird. Rechnen wir uns so die Welt nicht schön?

Möglich, aber es kann nur das Geld ausgegeben werden, das da ist. In den vergangenen 25 Jahren wurde auch schon extrem viel gemacht. Man muss nur die Orte oder Straßen anschauen und vergleichen, wie sie früher aussahen. Und die Steuereinnahmen sind gerade so hoch wie nie.

Kommt denn von den sprudelnden Steuereinnahmen überhaupt etwas in den Kommunen des Altenburger Landes an oder egalisiert das der Ausgabenanstieg?

Natürlich kommen die Steuern an, beispielsweise über die Anteile aus der Einkommens- und Umsatzsteuer. Würden die Ausgaben der Kommunen tatsächlich schneller als die Einnahmen steigen, müssten alle mit Verlusten abschließen und das ist nicht der Fall.

Also ist die Finanzierung der Kommunen in Thüringen in Ordnung?

Ich denke schon. Obgleich eben die Verrechnung der Schlüsselzuweisung verbessert werden sollte. Ansonsten sehe ich keinen wesentlichen Korrekturbedarf.

Warum klagen dann praktisch alle Kommunen über zu wenig Geld?

Es ist es völlig legitim, dass die Städte und Gemeinden versuchen, ein größeres Stück vom Kuchen zu bekommen. Im Kreis, in den Städten oder in der Landesregierung – überall ist zu wenig Geld da und überall muss Personal abgebaut werden. Die Zahlungen vom Bund zur Finanzierung der deutschen Einheit schmelzen jedes Jahr um 100 Millionen Euro, bis sie nach 2019 auslaufen. Deshalb haben wir auf Landesebene jede Menge Personal abgebaut und reduzieren weiter. Dennoch hat Thüringen entsprechend der Einwohnerzahl 9000 Stellen zu viel, verglichen mit den alten Ländern. Die Masse arbeitet aber bei Polizei oder in Schulen. Sollen wir dort weiter einsparen? Ich höre doch von allen Seiten, dass Polizisten und Lehrer fehlen.

Haben die Verwaltungen im Kreis auch zu viele Leute?

Die Personalkosten der Kernverwaltungen sind in den letzten Jahren nicht gesunken. Kommunales Personal müsste weiter verringert werden, das ist aber mit den aktuellen Strukturen nicht machbar. Deswegen wollen wir ja die Gebiets- und Verwaltungsreform. Denn die vorhanden Strukturen können wir uns nicht länger leisten.

Interview: Jörg Reuter

Kommentar

Mitgestalten statt bekämpfen
VON JÖRG REUTER

Das Geld reicht hinten und vorn nicht. Dieser Satz schallt nahezu aus allen Verwaltungen des Kreises. Abgesehen von Dörfern wie Göpfersdorf oder Ponitz hat der Rest der Kommunen im Altenburger Land Jahr für Jahr Not, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Dass diese Situation kein Dauerzustand sein kann, ist nicht strittig. Wohl aber der Weg aus der Misere.

Für Erfurt ist die Sache offensichtlich klar: Entlastung kann nur eine Kommunal-, Gebiets- und Verwaltungsreform schaffen. Die derzeitige Strukturen in Thüringen erlauben die notwendigen Einsparungen nicht. Einspruch! – tönt es da im Chor aus den Kommunen. Es sei nicht bewiesen, dass so Geld gespart wird. Im Gegenteil. Mit feinem Pinsel wird der Teufel an die Wand gemalt: Die Gebietsreform verursacht nur Kosten, schafft de facto die kommunale Selbstverwaltung ab und am Ende zahlen die Bürger auch noch die Zeche. Deshalb soll doch bitte alles so bleiben wie es ist.

Aber bei jedem Verständnis für die Sorgen und Nöte, die mit der Verwaltungsreform verbunden sind, ein „Weiter so“ ist keine Lösung. Niemand kann ernsthaft glauben, mit Stagnation und Rückwärtsgewandtheit lassen sich die Herausforderungen der Zukunft lösen und sich die kommunalen Kassen wieder füllen. Das Wagnis Verwaltungsreform anzugehen, ist da allemal besser, als nichts zu tun.

Natürlich kann niemand verlässlich in die Zukunft schauen. Es darf auch bezweifelt werden, dass die Landesregierung den Stein der Weisen gefunden hat und mithin alles richtig macht. Die Verantwortungsträger in Städten und Dörfern täten dennoch gut daran, endlich die Wirklichkeiten zu akzeptieren und den Reformplänen eine Chance zu geben, um die unausweichlich notwendige Modernisierung des Landes im Sinn ihrer Bürger mitzugestalten, anstatt zu versuchen, sie zu verhindern.

altenburg.redaktion@lvz.de